

*Die Ausschüsse hüben nach § 31 der Geschäftsordnung der Volkskammer das Recht, dem Staatsrat und dem Ministerrat Vorschläge, Empfehlungen und Stellungnahmen zu unterbreiten. Wie fließen speziell die Ergebnisse der Tätigkeit des Verfassungs- und Rechtsausschusses in die gesamtstaatliche Leitung ein?*

Ich habe bereits an einigen Beispielen deutlich gemacht, wie die Ergebnisse der Ausschubarbeit in zentrale Rechtsvorschriften Eingang finden. Dafür gibt es nicht nur einen einzigen, juristisch formalisierten Weg. Neben der unmittelbaren Mitwirkung des Ausschusses an der Gesetzesvorbereitung, neben den Empfehlungen und Vorschlägen an den Ministerrat oder über ihn an einzelne Ministerien gibt es auch direkte Empfehlungen an einzelne Minister, wenn sie vor dem Ausschuß Gesetzentwürfe begründen oder zu anderen Fragen berichten. Ich erwähnte auch schon die von allen Seiten als nützlich empfundenen unmittelbaren Kontakte zwischen dem Ausschuß und dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium des Innern sowie dem Generalstaatsanwalt und dem Obersten Gericht. Wenn — wie das gute Praxis ist — leitende Mitarbeiter dieser Organe in den Arbeitsgruppen unseres Ausschusses mitwirken, dann werden auch auf diesem Wege viele Anregungen der Abgeordneten rasch und unmittelbar in der Tätigkeit des Staatsapparats wirksam, obwohl es sich hier noch nicht um offizielle Auffassungen und Schlußfolgerungen des Ausschusses handelt.

In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, daß der Ministerrat auf Empfehlungen unseres Ausschusses in jedem einzelnen Fall fundiert und sachgerecht reagiert. Meist erhalten wir unmittelbar von den zuständigen Ministern schriftliche Informationen darüber, wie die Empfehlungen des Ausschusses in der Arbeit des Ministeriums ausgewertet werden bzw. zu welchen konkreten Maßnahmen sie geführt haben. Wir legen größten Wert auf diese Auskünfte, die selbstverständlich im Ausschuß bekanntgemacht und erörtert werden. Gelegentlich erhalten wir solche Informationen auch mündlich, wenn der betreffende Minister aus anderem Anlaß an der Arbeit des Ausschusses teilnimmt. Wir pflegen auch hier möglichst unkonventionelle Methoden, die gesetzlichen Vorschriften und Festlegungen nicht nur formell entsprechen, sondern ihnen Geltung und Wirksamkeit verschaffen. Wir unterbreiten selbstverständlich nach Abschluß jeder größeren Untersuchung dem Ministerrat bzw. einzelnen Ministerien unsere Empfehlungen und Vorschläge gemäß § 31 der Geschäftsordnung, aber wir beschränken uns nicht darauf. Vielmehr sind wir ständig bestrebt, unseren engen und lebendigen Kontakt zu den zentralen Staatsorganen zu verbessern und zu intensivieren.

*Gibt es eine ähnliche Zusammenarbeit auch mit den örtlichen Organen der Staatsmacht?*

Was die staatlichen Organe in den Bezirken, Kreisen, Städten, Stadtbezirken und Gemeinden betrifft, so ist es üblich, daß der Verfassungs- und Rechtsausschuß Abgeordnete der jeweiligen Volksvertretung und Mitarbeiter der betreffenden örtlichen Räte einlädt, an den Untersuchungen seiner Arbeitsgruppen teilzunehmen, daß er Beratungen mit ihnen durchführt und dabei sowohl Erfahrungen und Anregungen für die inhaltliche Gestaltung entsprechender Beschlüsse der Volksvertretungen und ihrer Räte vermittelt als auch selbst Anregungen für die Gestaltung zentraler Regelungen erhält.

Es hat sich auch bewährt, daß Vertreter der staatlichen Organe, Betriebe und Einrichtungen, in denen Untersuchungen durchgeführt wurden, an der zentralen Auswertung durch den Ausschuß gemeinsam mit Vertretern der zentralen Staatsorgane teilnehmen. Das hat sich zu einem nützlichen Forum des Erfahrungsaustausches entwickelt.

Schließlich ist anzumerken, daß der Ausschuß seine Arbeitsergebnisse auch den gewählten zentralen Leitungen der gesellschaftlichen Massenorganisationen zur Verfügung stellt, auch wenn sie selbst durch ihre Abgeordneten im Ausschuß unmittelbar vertreten sind.

*Die Geschäftsordnung der Volkskammer legt in § 33 fest, daß der Ministerrat in Übereinstimmung mit dem Präsidium der Volkskammer die Arbeit der Ausschüsse zu unterstützen hat. Wie wirkt sich dies auf die Tätigkeit des Verfassungs- und Rechtsausschusses aus?*

Der Ministerrat sichert, wie es in § 33 der Geschäftsordnung heißt, daß die Ausschüsse über wichtige Fragen der Durchführung der Staatspolitik informiert und ihnen die entsprechenden Materialien rechtzeitig unterbreitet werden. Ferner gewährleistet der Ministerrat, daß Vorschläge, Empfehlungen und Stellungnahmen der Ausschüsse durch die zuständigen Staatsorgane ausgewertet werden und über das Ergebnis den Ausschüssen berichtet wird.

Ich kann sagen, daß der Ministerrat diese seine Pflichten gegenüber dem Verfassungs- und Rechtsausschuß ernst nimmt und sie mit großer Sorgfalt verwirklicht. Mitglieder des Ministerrates und Leiter anderer zentraler Staatsorgane nehmen auf Einladung an den Beratungen des Ausschusses teil. Das erleichtert die rasche und sachkundige Information zu speziellen Fragen, die in der Diskussion auf tauchen.

Besonders bewährt hat sich, daß sich der Ausschuß vor der Untersuchung eines bestimmten Fragenkomplexes durch Mitglieder des Ministerrates oder leitende Mitarbeiter der entsprechenden zentralen Staatsorgane genau über den Sachstand der jeweiligen Problematik aus der Sicht der Regierung und über deren Standpunkt informieren läßt. Dieses Recht folgt aus Art. 61 Abs. 2 der Verfassung und aus § 34 der Geschäftsordnung der Volkskammer. Dort ist festgelegt, daß alle Staatsorgane verpflichtet sind, den Ausschüssen die erforderlichen Informationen zu erteilen. Das hilft dem Ausschuß, die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte zu finden, auf die sich die Abgeordneten bei ihren Untersuchungen und Aussprachen konzentrieren müssen.

Ein Beispiel dafür ist die Information über die Wirksamkeit der Stadt- und Gemeindeordnungen, die wir in der heutigen Sitzung durch den Leiter der Instrukteurabteilung beim Vorsitzenden des Ministerrates erhalten haben und die der Vorbereitung unserer eigenen Untersuchungen auf diesem Gebiet dient. Solche Informationen nimmt der Ausschuß in aller Regel vor dem Beginn eigener Gesetzeskontrollen entgegen.

*Genosse Vorsitzender, Sie haben bereits eine Reihe von Arbeitsmethoden des Ausschusses erwähnt. Könnten Sie noch etwas näher auf die Heranziehung von Experten zur Mitarbeit im Ausschuß eingehen?*

Entsprechend Art. 61 Abs. 3 der Verfassung hat der Ausschuß zu Beginn der Wahlperiode eine Reihe von Experten, bekannte Rechtswissenschaftler und erfahrene Rechtspraktiker, zur ständigen Mitarbeit im Ausschuß für die gesamte Wahlperiode berufen. Diese Praxis hat sich außerordentlich gut bewährt. Darüber hinaus zieht der Ausschuß bei seinen Untersuchungen in Abhängigkeit vom jeweiligen Gegenstand auch andere Fachleute aus Wissenschaft und Praxis zur Mitarbeit heran, die an der Tätigkeit der Arbeitsgruppen teilnehmen. Das ist, wie mir mehrfach von solchen Experten versichert wurde, von beiderseitigem Nutzen. Für den Ausschuß bewirkt diese Mitarbeit eine Qualifizierung und wissenschaftliche Fundierung seiner Arbeitsergebnisse und Schlußfolgerungen. Für die Juristen aus den zentralen Staatsorganen ist diese Mit-